

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ost-Preußen oder bei direktem Postweg ohne Druckgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftlohn 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 1906 und 1906.

Interate sollen die adretpalt. Anparrstelle oder deren Raum L20 III., Wortanzigen das betriebsliche Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kursumschlag 50 Proz. Familien- und Veranlagungsanzeigen (AM) der Zeitung fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Verleger: Kurt Nordens 1906

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kritische Stunden.

Die Wurmstichigen.

Von Hans Bloch.

Die beiden letzten Tage des Weimarer Parlaments der Rechtssozialisten haben das Urteil bestätigt, das schon nach den ersten Verhandlungen über diese auch sozialdemokratische Partei gefällt werden mußte. Es ist die hoffnungslose Verumpfung, die uns aus den öden Klätschen dieses einst so fruchtbaren Gebietes entzaubert.

Der Sonnabend brachte als Sensation einen Kampf zwischen sozialistischen Ministern. Der Wirtschaftsminister Wissell flüchtete in die Öffentlichkeit des Parteitag — zum großen Unbehagen seiner Kollegen. Herr Wissell ist nicht gerade unser Mann, seinen Wirtschaftsplan haben wir hier schon mehrfach gekennzeichnet. Sein Sozialismus ersetzt den mangelnden wirtschaftlichen Unterbau durch reichlich unklare Ethik. Gegen David und Scheidemann vertritt er jedoch — wenn auch in recht unzulänglicher Art — die Sozialisierung wenigstens wie er sie meint. Und so verstand es auch der Parteitag. Er, der sich so viel antisozialistisches Schweigen bieten läßt, spendete diesen Modertanten, starken Weisfall. Vom Regierungstische kamen deutliche Mißfallkundgebungen, aus dem Munde Scheidemanns entfuhrn höchst unwillige Zwischenrufe. Kein Wunder, denn das Schredenskind sprach sehr unangenehme Wahrheiten aus, wie z. B. die, daß die Koalition mit den Bürgerlichen das Kabinett handlungsunfähig mache, und anderes mehr.

Zwei Minister traten gegen den Unbequemen auf den Plan. Der erste war David. Was er gesagt hat, muß man lesen, um es zu glauben, daß ein Mann, der Sozialdemokrat sein will, Arbeiter angreifen, also ihre berechtigten Forderungen und ihre zwingende wirtschaftliche Wurzel verkennen kann. Es ist wahrlich erstaunlich, daß ein Parlament, das Arbeiter vertreten will, dergleichen ruhig anhört. Was er gegen den Bruch der Solidarität mit den bürgerlichen Ministern sagte, das veranlaßte später noch zu der berechtigten Frage, ob es für David denn keine Solidarität mit seinen Genossen mehr gebe.

Weniger ist gegen Schmidt einzuwenden, bei dem die Differenz mit Wissell sich hauptsächlich um die Frage dreht, ob bei der Einfuhr die Auslandslebensmittel oder die Rohstoffe vorzugehen haben. Wenn Schmidt sich gegen die Subventionierung der Industrie wendet, die er als eine Folge der Wissellischen Weltwirtschaft kommen sieht, wenn er erklärt, die Sozialisierung müsse zur Volksozialisierung führen, sie dürfe nicht Formen schaffen, die den Kapitalismus fördern, so kann man ihm nur zustimmen. Aber seine Sprache für die Sozialisierung wirken nicht sehr überzeugend, da er in der Gesellschaft der David u. Co. auftritt.

In den Schlussworten mochte die Erregung gegen Wissell und Schmidt noch einmal kräftig auf, es war der allgemeine Eindruck, daß Wissell gehen wird.

Der letzte große Verhandlungsgegenstand, der den Parteitag beschäftigte, war das Rätesystem. Zwei Reizrenten, Sinzheimer und Cohen, bemühten sich, um den „berechtigten Kern“ des Räteeckens. Dies Veranschaulichen des Kerns läuft im wesentlichen darauf hinaus, das Rätesystem seines revolutionären Charakters zu entkleiden und es zu einem Schutzmittel gegen sich selbst, gegen die Diktatur des Proletariats, oder richtiger gegen die Bedrohung nach diesem Ueberanstandsstand zu machen. Damit das politische Urteil über die an sich fleischen und nicht uninteressanten Arbeiten der Herren Sinzheimer und Cohen festzulegen ist. Die Kammer der Arbeit ist eine sozialpolitisch wertvolle Einrichtung und wirtschaftliche Arbeiter-Produktions- oder Wirtschaftsräte können ganz nützliche Werkzeuge für die Sozialisierungsarbeit sein. Aber die Herren Sinzheimer und Cohen verpassen, wenn sie glauben, die Arbeiter durch solches Anaoebot dem abendvina machen zu können, was für sie offenbar die unbedachtete Hülle des „berechtigten Kerns“ ist, was aber in Wirklichkeit den wahren Kern der Arbeit darstellt, daß ihre auf wirtschaftliche, oder im wesentlichen auf wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Dinge beschränkten Räte das eine nicht schaffen könne, was sie erst wertvoll machen würde, was ihnen erst den festen Boden für fruchtbare Wirksamkeit gibt, d. h. ohne Diktatur des Proletariats durch politische Arbeiterräte wird es in Deutschland keine Sozialisierung geben, wie die Ent-

kommenesekt sein wie die alte? Wenn die demokratische Fraktion in ihrer großen Mehrheit für die Ablehnung des Friedens eintritt, wird das keine Schwierigkeiten haben. Und wenn erst einmal ein Stein aus dem Mauernwerk der gemächlichen Koalition herausgenommen ist, so gerät das Gebäude in die größte Gefahr. Es wird schon zweifelhaft, ob nach dem Rücktritt Scheidemanns, der doch eben erst von seinem Parteitag ein schönes Vertrauensvotum erhalten hat, die Rechtssozialisten im Parlament noch Autorität genug besitzen, um den Präsidenten des neuen Ministeriums zu stellen. Erzberger tritt schon wieder in die erste Linie und macht dem Vorsitzenden der Reichssozialisten, Hermann Müller und dem ebenfalls als Kandidaten genannten Roske den Rang streitig.

Wir können das Ergebnis dieses Kampfes mit um so größerer Gelassenheit abwarten, als wir davon überzeugt sind, daß das so oder so zusammengelebte Koalitionskabinet, das die Nachfolgerhaft Scheidemanns übernimmt, noch kurzlebiger sein wird als sein Vorgänger. Am Augenblick ist es uns nur darum zu tun, daß der Friede unterzeichnet wird und zwar sofort. Darauf haben wir von dem Augenblick an hingearbeitet, als der erste Entwurf bekannt wurde und wir bedauern die mit überflüssigem Geräde vertanen Wochen.

Mag jetzt Erzberger oder Roske oder wer sonst an die Spitze der Regierung treten — ihre historische Aufgabe ist in demselben Momente erledigt, in dem sie ihre Namen unter das Versailles Dokument gesetzt haben. Die Ideen der Revolution zu vollziehen, ist keiner von ihnen in der Lage. Diese Ideen sind es, die, wenn der Friede geschlossen ist, erst recht ihre Verwirklichung erheischen. Das neue Koalitionskabinet — dem ein solches wird es auf alle Fälle sein — ist eine vorübergehende Erscheinung. Von dauerndem Bestand ist der Wille der Massen zum Sozialismus, und dem wird zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung Erfüllung bringen.

Die französische Sozialistenpresse gegen die nationalistischen Ausschreitungen.

Paris, 18. Juni.

Die sozialistischen Abendblätter äußern unerschrocken ihre Empörung über die Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegation. „Populaire“ bezieht die Nationalisten, die Zwischenfälle angeht, zu haben. Dieses Gesindel, welches man ganz genau erkannt habe, könne auf seinen guten Erfolg stolz sein. Das deutsche Volk müsse wissen, daß diese gewerbmäßigen Verleumder und Fälscher, dieser Abraum der Bevölkerung, von ganz Frankreich verachtet werde, daß Frankreich darüber empört sei, daß das Gebot der Höflichkeit der Gastfreundschaft, der Achtung, welches man dem unglücklichen Gegner schuldet, von gewerbmäßigen „Patrioten“ mit Füßen getreten werde. Sembat erklärt in der „Aurore“: Diese bedauerlichen Ereignisse zeigen uns, welches Uebel die chauvinistische Presse Frankreich zugefügt hat. Wenn England und Amerika unsere Zeitungen lesen, müssen sie sich fragen, ob wirklich Franzosen sich so schamlose Handlungen zu Schulden lassen konnten.

Es muß aber auch gegen den Versuch der deutschen Nationalisten, diese Handlungen des französischen nationalistischen Gesindels auszuschlachten, energischer Protest erhoben werden.

Die österreichische Regierung und die Wiener Kommunistenpresse.

Wien, 18. Juni.

Westerl fand ein Kabinettsrat statt, welcher sich mit den letzten Ereignissen vom Sonntag befaßte. Nach der „Neuen Freien Presse“ traten dabei über das weitere Vorgehen gegen die kommunistische Bewegung zwei Auffassungen zutage. Wegen die anfangs ziemlich allgemein geäußerte Ansicht, daß gegen die ungarische Gefandtschaft eingeschritten werden müßte, da diese Stelle als Zentralbüro der Wiener kommunistischen Agitation angesehen wird, wurden vom Staatssekretär Bauer Gedanken geäußert, da einem solchen Schritte Gegenmaßnahmen der ungarischen Regierung folgen könnten. Mit Rücksicht auf die in Ungarn befindlichen deutsch-österreichischen Milliardenwerte wäre solcher Akt immerhin bedenklich. Dieser Meinung schloß sich auch der Kabinettsrat an, so daß versucht werden wird, die ungarische Regierung durch Verhandlungen zum Ausgeben der kommunistischen Agitation zu bewegen.

Die Absicht der Rechtssozialisten in der Regierung, eine Entscheidung in der Friedensfrage durch Volksabstimmung herbeizuführen, kann kaum ausgesprochen, schon als reichelt betrodet werden. Sie findet bei keiner anderen Partei Unterstützung, zumal da es klar auf der Hand liegt, daß die Entente die uns gewährte Frist bis zur endgültigen Antwort auf ihr Ultimatum nicht verlängern wird.

In Wirklichkeit hatte sich das demokratische Gewissen bei Herrn Scheidemann und seinen Kollegen ja auch nur deshalb so besonders bemerkbar gemacht, weil ihnen inzwischen die Angst vor ihrer eigenen Courage gekommen war, und die „Kreuzzeitung“ charakterisiert die Stimmung der leitenden Männer schon ganz richtig, wenn sie das Spiel mit der Volksabstimmung zurückführt auf die „Neugier“, klipp und klar zu bekennen, daß den Reichssozialisten das Herz in die Hose gefallen ist und daß sie eben den Schmachtrieben unterzeichnen wollen.

Wie war es doch vor Wochen so einfach und so bequem, die Geldenpose des unerbittlichen Ablehners anzunehmen! Wie rollten die Pfaffen von der Hand, die bei der Unterchrift verdorren sollte und von dem unbegreiflichen Stolz, mit dem wir allen Gefahren entgegenzusehen hätten, so leicht von den Lippen! Heute aber, wo die Stunde der Entscheidung gekommen ist, und schöne Redensarten nicht mehr genügen, sehen sich die Dinge wesentlich anders an. Jetzt gäbe man viel für eine gute Ausrede, die den Regierenden einen ehrenvollen Unfall ermöglichte und ihr Verbleiben auf den ihnen so lieb gewordenen Ministerstühlen recht fertigen könnte.

Am liebsten würden die so in die Sackgasse geratenen die Änderungen, die die Alliierten am Friedensvertrag vorgenommen haben, zu gewaltigen Zugeständnissen trieben, um sie als Preisenerfolg ihrer glorreichen List in die Welt hinauszuposaunen. Aber es wird in dieser Beziehung wohl bei dem schüchternen Anlauf bleiben müssen, den der „Vorwärts“ am Mittwoch abend unternahm, als die Redaktion die Abwesenheit ihres leitenden Mannes benutzte, um den Lesern die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Friedens klar zu machen. Der neue Vertrag unterscheidet sich von dem ursprünglichen Entwurf so unwesentlich, daß eine Regierung, die noch vor ein paar Wochen mit voller Lungenkraft „Unannehmbar“ rief, die paar Änderungen unumgänglich als Rechtfertigung einer Neuorientierung nehmen kann. Herr Scheidemann freilich, der Vielgewandte, bringt manches Kunststück fertig und er würde vielleicht auch die Formel finden, mit der sich sein Unfall, wenigstens vor dem engeren Kreise seiner Freunde und bürgerlichen Kollegen, besonders der Demokraten, und vor allem das klare Nein der aus Verfall zurückgekehrten Friedensdelegation, berauben den Ministerpräsidenten der Freiheit des Handlens, und es wird ihm nichts übrig bleiben, als die Rolle des Unbegreiflichen nun bis zum bitteren Ende zu spielen.

Jetzt soll zunächst die Nationalversammlung das entscheidende Wort sprechen und schon in diesem Augenblick scheint es festzulegen, daß sich eine Mehrheit für die Annahme ergeben wird. Der weitläufige größte Teil der rechtssozialistischen Fraktion ist offenbar fest entschlossen, die Unterchrift zu leisten. Das Zentrum folgt in seiner Masse der Fühne Erzbergers, der schon seit langem auf den Moment wartet, durch die Betonung der Unvermeidbarkeit es so keine staatsmännische Befähigung zur Nachfolgerschaft Scheidemanns zu beweisen. Die Unabhängigen bleiben selbstverständlich ihrer von Anfang an befolgten Politik treu, und bei den Demokraten, die vor kurzem erst in einstimmigem Fraktionsbeschluss das Ansuchen der Unterchrift zurückwiesen, bröckelt es offenbar. Jedenfalls müßte es merklich zugehen, wenn sich in dem Parlament keine Majorität für den Frieden in diesem Augenblick fände.

Nun wäre es schätzenswert, wenn man, daß das Kabinettsrat sich mit der Behauptung, es sei nur das ausführende Organ der Volkswertretung, aus der Affäre ziehen und weiter amtierende würde. Seine Mitglieder mögen heute bereuen, daß sie sich in den Tagen der Begeisterung zu stark engagiert und zu weit vorgewagt haben, aber Goldenes läßt sich nicht ändern und sie werden einsichtig genug sein, sich den Kluch der Lächerlichkeit nicht ausheben zu wollen, wenn sie nicht entgegen könnten, wenn sie aus der Zustimmung der Nationalversammlung zum Friedensvertrag, nicht ihre Konsequenzen zögen.

Die große Frage ist, wie sich dann eine neue Regierung aufbauen soll. Poma Fe artervähia lo zu-

Die Ablieferung der Lebensmittel.

Vor einiger Zeit versicherte das Reichsernährungsamt, daß die Ablieferung der oegarischen Erzeugnisse über alles...

Obwohl das Wirtschaftsjahr sich seinem Ende zuneigt, und die Frühjahrbestellung im großen und ganzen als durchgeführt...

Danach sind die Landwirte mit ihren Lieferungen noch stark im Rückstande. Die Reichsernährungsstelle will deshalb, um die Ablieferung zu fördern...

Belagerungszustand über Erfurt.

Die Gewalttäter haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Konflikte, die in Erfurt zwischen den Arbeitern und der Eisenbahndirektion entstanden waren, hat die Regierung nicht...

Die Gewalttäter haben also wiederum ihren Zweck erreicht. Wieder eine neue Stadt unter dem Belagerungszustand! Und dabei mochte es diese Regierung, die Arbeiter zur Einigkeit...

Die „erfreuliche Perspektive“ des Parteitag.

Die Generalversammlung des rechtssozialistischen Vereins Groß-Berlin nahm gestern abend den Bericht der Parteitagdelegierten entgegen. Dittmer erstattete den Bericht und meinte, der Verlauf des Parteitages habe eine erfreuliche Perspektive auf die Zukunft eröffnet...

Die Tagungen der Rechtssozialisten haben nunmehr glücklich das Niveau der katholischen Gesellschaften erreicht. Dem Parteivorstand graut aber schon vor der Zukunft. Er erklärt im „Sowjet“ einen Aufbruch, in dem er die Arbeiterschaft auffordert, sich an der Organisation zu halten...

Zusammenbruch der sozialistischen Parteien in Ungarn.

In Budapest hat Freitag, Sonnabend und Sonntag ein Bundeskongreß der ungarischen Mäße stattgefunden, durch den die vollständige Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Parteien herbeigeführt worden ist. Die Demokratie wurde vollständig aufgegeben...

Ledebour vor den Geschworenen.

In der heutigen Verhandlung begannen die Witkowsky der Verteidigung. Als erster sprach Rechtsanwalt Herzfeld, der zunächst Ledebour als einen im Inland und Auslande nicht nur weit bekannten, sondern auch wegen seiner moralischen Lauterkeit hochgeschätzten Politiker bezeichnete...

Mit passenden Worten kennzeichnete der Verteidiger darauf die politische Bedeutung dieses Prozesses. Er wies nach, wie die Regierung, vollständig unter dem Zwange einer Militärmarietta stehend, in der sogenannten Spontankonvoktion im Januar nicht nur jede Verhandlung und jede Beendigung des Mordverfahrens unmöglich gemacht habe...

Schuld. Nun, da er diesen Beweis vor Gericht unter keinem Eide hätte erbringen sollen, da alle diese Aussagen als „unerheblich“...

Es ist jedenfalls höchst merkwürdig, wie die Justiz, die bis zum 9. November die treueste Stütze von Thron und Altar gewesen ist, sich jetzt plötzlich für die revolutionäre Regierung...

12. Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes.

Vom 8 bis 11. Juni lagte in Leipzig das Parlament der Arbeiterturner. Die Berichte der verschiedenen Geschäfts- und Verwaltungszweige legten von einer gesunden Etabilität und guten Entwicklung des Bundes Zeugnis ab.

Im Vordergrund des Interesses standen die Beratungen über die Taktik des Bundes. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Bund als Arbeiterorganisation keine politische Neutralität einnehmen könne.

In einem großzügigen Referat behandelte Gen. Dieckow Berlin die Frage des Bundesturnens. Es bildete den Höhepunkt der Tagung. Um es allen Kreisen der Arbeiterschaft zugänglich zu machen, soll es als besondere Broschüre erscheinen.

Eine längere, teils sehr erregte Debatte entspann sich über die Frage der Bundeszeitung. Hier kamen die prinzipiellen Unterschiede in der politischen Auffassung der Delegierten zum Ausdruck.

Die Berliner Delegierten, die beschlossenen Grundzüge, daß der Bund auf dem Boden des Klassenkampfes liege und im Sinne der sozialistischen Weltanschauung wirke, in dem Bundesstatut festzulegen, abgelehnt hatte, so gab Gen. Wegner in Berlin die Erklärung ab, daß er und ein Teil seiner Freunde nicht mehr in der Lage seien, am Bundesturntag weiter teilzunehmen.

Aus der Partei.

Die Massenflucht aus der S. P. D. In einer Versammlung des rechtssozialistischen Wahlvereins Tempelhof-Berlin wurde der Bescheid zur S. P. D. einstimmig beschlossen...

Der sozialdemokratische Verein für Neuhagen Linie erklärt, daß der Vorsitzende des Zentralrates Cohen sich heute noch ohne Widerspruch als Cohen-König bezeichnen lasse.

Gewerkschaftliches.

Ein wichtiger Schiedsspruch für Versicherungsangestellte.

Am 18. d. M. wurde im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Beschwerde des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der deutschen Versicherungsbeamten wegen der Entschuldigungsverhältnisse für Kriegsteilnehmer verhandelt.

Wichtig! Ausbreitungsbekämpfer und Arbeiterinnen! Durch einen Druckfehler heißt es in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom Donnerstag, daß die Forderungen rückwirkend bis zum 15. Mai bewilligt sind.

Die Erörterung von bedingtem geschlechtlichem Werte haben, können wir es uns nicht verlagern, entgegen dem ausdrücklichen Wunsch des Herrn Majors Koosen...

Eine militärische Eigenzentrale.

Das „Abendblatt“ hat am Beerdigungstage der Kaiserin Kora Luxemburg die Nachricht verbreitet, der Kommandant Karl Einstein habe in einer Rede die Worte gesprochen...

Karl Einstein stellte sofort fest, daß er derartige Worte in den Mund genommen hat. Die gegen ihn auf Grund der militärischen Behauptungen veranstaltete Sehe hat aber nicht zu einem Erfolg geführt: Karl Einstein ist von den Lehren der Militärkamarilla verhaftet worden.

Es ist ein unerhörter Skandal, daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Presse mit dem neuesten Nachrichten verfährt, um dann auf Grund dieser Nachrichten unliebsame Personen vorzugeben.

Es ist ein unerhörter Skandal, daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Presse mit dem neuesten Nachrichten verfährt, um dann auf Grund dieser Nachrichten unliebsame Personen vorzugeben.

Die Klostergardie mißhandelt einen französischen Soldaten.

Das wird mitgeteilt: In der Waffenstillstandskommission, Straßburg 14, gehen täglich französische Ordonnanz in Uniform ein und aus. Sie sind allen Soldaten bekannt und ohne Ausweis passieren. Gestern wollte eine Ordonnanz einen Brief abgeben und wurde von dem Polen, dem Unteroffizier der Klostergardie, I. Hundertkopp, nach dem Auftritte gefragt.

Die Regierung hat die Pflicht, hier sofort durchzugreifen. In Versailles zitierte der Reichstag die Klostergardie in Berlin ein Regierungsmitglied ohne jeden Grund einen französischen Soldaten mißhandelt. Wie verlangen Genehmigung für die nächsten Besuche.

Der Streik im Deutschen Opernhaus beendet. Dr. Reuter hat die Vorstellungen im Deutschen Opernhaus wieder aufgenommen. Die Nachricht vom dem Austritt nahmen die Mitglieder der Bühne mit lebhaftem Beifall auf, und sie bereiteten dem Herrn Hartmann, der nun die Verdienste weiter ohne Unterbrechung führen wird, eine Vertrauenslandung.

Die Berliner Tagung für Denkmalpflege, die am 17. Juli in der Akademie der Künste stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

